



### Presseschau vom 14.09.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

*Dan-news.info: „In großen Kompaniestützpunkten, die zwischen Granitnoje und Nowogrigorowka liegen, sind heute Abend auf vor kurzem vorbereitete Positionen 20 Panzer eingetroffen, die tagsüber noch in in der Nähe liegenden Anpflanzungen versteckt waren“, teilte das operative Kommando der DVR mit.*

*Es handelt sich um die Positionen, bei denen bereits zuvor über die Ankunft von fünf Schützenpanzern berichtet wurde.*

de.sputniknews.com: Lawrow und Gabriel besprechen telefonisch Nordkorea und Ukraine  
Der russische Außenminister Sergej Lawrow und Bundesaußenminister Sigmar Gabriel haben am Mittwoch in einem Telefongespräch die akuten Probleme der internationalen Tagesordnung erörtert, unter anderem die Nordkorea-Krise und die Lage im Donbass. Beide Minister hätten Nordkoreas Atom-Aktivität entschlossen verurteilt und die Notwendigkeit betont, die Krise auf der koreanischen Halbinsel mit politischen und diplomatischen Mitteln zu lösen, heißt es in einer Pressemitteilung auf der Webseite des russischen Außenministeriums.

Lawrow und Gabriel hätten auch Russlands Initiative zur Entsendung einer UN-Mission in den Donbass für die Unterstützung der dortigen OSZE-Beobachter sowie die Regelung der Krise in Syrien besprochen.

Zuvor hatte sich der russische Präsident Wladimir Putin in einem Telefongespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel bereit erklärt, ihre Vorschläge zur künftigen UN-Mission im

Donbass im entsprechenden russischen Resolutionsentwurf zu berücksichtigen. Beide Staatschefs hatten auch die jüngsten Raketentests Nordkoreas verurteilt.

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung von Eduard Basurin

Ukrainische Truppen haben einen massiven Beschuss von Wohngebieten von Ortschaften der Republik begonnen. Seit 19:05 wird von den Positionen der Nationalisten des 46.

Panzergrenadierbataillons im Gebiet von Marjinka unter Verwendung von Schützenpanzern und Schützenpanzerwagen sowie verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen in Richtung des Stadtteils **Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk** geschossen.

Um 21:30 hat der Gegner das Mörserfeuer auf das Gebiet des **Flughafens von Donezk** eröffnet. Mörsermannschaften der 57. Panzergrenadierbrigade haben aus Richtung Peski mehr als 20 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf dieses Gebiet abgeschossen.

Die Beschüsse gehen derzeit weiter. Informationen über die Folgen der Beschüsse werden ermittelt.

**Vormittags:**

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **achtmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Frunse, Kalinowo, Shelobok, Prischib, Smeloje und Losowje**.

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Diplomatisches Vermögen: Geheimer Vorschlag von Tillerson an Lawrow enthüllt

US-Außenminister Rex Tillerson hat seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow mehrmals vorgeschlagen, das geschlossene russische diplomatische Vermögen zu verkaufen. Das berichtet die russische Zeitung „Kommersant“ am Donnerstag.

„Die US-Amerikaner schlugen der russischen Seite eine Variante vor: das blockierte diplomatische Eigentum zum Verkauf auszuschreiben“, schreibt das Blatt. Es habe sich dabei um die Gebäude in San Francisco, Washington und New York gehandelt, die am 2. September beschlagnahmt worden waren.

Die ersten zwei Gebäude gehören nach Informationen der Zeitung Russland, während das Büro der Handelsvertretung in New York gemietet worden war. Datschas russischer Diplomaten in den USA, deren Zugang bereits am 20. Dezember 2016 gesperrt worden war, sind ebenfalls teilweise russischen Eigentums.

Nach Angaben des US-Immobilienportals Trulia.com könnte Russland beim Verkauf etwa 50 Millionen Dollar bekommen.

Moskau soll sich allerdings geweigert haben, Tillersons Angebot anzunehmen. „Wir werden vor Gericht klagen, wie Russland Präsident bereits sagte“, erklärte der Vizeaußenminister Sergej Rjabkow im Anschluss an die Verhandlungen mit seinem amerikanischen Amtskollegen Thomas Shannon in Helsinki am 11. und 12. September. Rjabkow hatte Shannon zudem den Protest wegen der feindlichen US-Aktivitäten und des Angriffs auf die diplomatische Immunität übermittelt.

Am 2. September hatte Russland sein Generalkonsulat in San Francisco sowie eine Kanzlei in Washington (D.C.) und eine konsularische Abteilung in New York City geschlossen. Dazu

hatte die US-Regierung aufgefordert, als Reaktion auf die Ausweisung von 700 US-Diplomaten aus Russland Ende Juli.

Das russische Außenministerium hatte die Entscheidung Washingtons als groben Verstoß gegen das Völkerrecht bezeichnet. Moskau behalte sich das Recht vor, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, hieß es.

Lug-info.com: Die LVR plant, in erster Linie diplomatische Vertretungen in Südossetien und Abchasien zu eröffnen. Dies erklärte heute in einem Interview der Außenminister der LVR und Vertreter der Republik bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego.

„In erster Linie – Ossetien und Abchasien. Mit Ossetien haben sich bereits Beziehungen entwickelt, mit Abchasien werden wir sie entwickeln“, sagte er.

„Auch mit Transnistrien werden wir sie aufbauen. Weiter werden wir dann sehen“, sagte der Minister.

„Wir haben einen bevollmächtigten Vertreter in Ossetien, er war bisher etwas in einem Schwebezustand, da es kein Ministerium gab. Jetzt wird das alles in die Struktur des zu bildenden Ministeriums eingeordnet“, berichtete Dejnego.

de.sputniknews.com: **Lugansk an USA: Blauhelme an Grenzen von „Austria und Australia“ stationieren**

Der Vertreter der selbsterklärten Volksrepublik Lugansk bei den Verhandlungen in Minsk, Wladislaw Dejnego, hat sich entschieden gegen die Stationierung von UNO-Friedenstruppen an der russischen Grenze ausgesprochen. Das meldet das Portal RT.

Zuvor hatte die Sprecherin des US-State Department, Heather Nauert, eine Friedensmission der Vereinten Nationen in der Ost-Ukraine begrüßt, jedoch mit einem Vorbehalt: Die USA wollen eine größere Mission als diejenige, die Putin vorgeschlagen habe. Aus Sicht Washingtons sollten UN-Blauhelmsoldaten auf dem ganzen Territorium der selbsterklärten Republiken Donezk und Lugansk bis hin zur russischen Grenze stationiert werden, nicht nur entlang der Trennlinie.

Dem entgegnete nun Dejnego: „Es wird keine Friedenstruppen an unserer Grenze zu Russland geben. Wir haben keine Probleme an dieser Grenze. Dementsprechend werden dort auch keine Friedenstruppen benötigt. Ich schlage vor, die Friedenstruppen an der Grenze Österreichs und Australiens einzusetzen. Nebenbei werden sie auch die Geographie besser kennen lernen können.“

Anfang September hatte Russlands Präsident Wladimir Putin dem amerikanischen Establishment eine niedrige Politikultur attestiert. „Es ist schwer, einen Dialog mit Menschen zu führen, die Österreich mit Australien (beide Staatsnamen hören sich auf Englisch ähnlich an: Austria bzw. Australia – Anm. d. Red) verwechseln“, sagte Putin.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueereinstellung **53 Mal** verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **17 Ortschaften der Republik** mit Artillerie, Panzern, Mörsern, Schützenpanzerwagen und Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In der Folge der Beschüsse geriet ein Haus in einer Gartengenossenschaft in **Jakowlewka** in Brand.

de.sputniknews.com: Russlands Zentralbankchefin warnt vor Cyberwährung

Die Mechanismen der Nutzung von Cyberwährungen entsprechen in vielerlei Hinsicht den Merkmalen einer Finanzpyramide. Das sagte die Chefbin der russischen Zentralbank, Elwira Nabiullina, am Donnerstag bei einem Wirtschaftsforum.

„Der Wert dieser Währungen wächst oftmals, weil immer mehr und mehr Teilnehmer in diese

Schemata hineingezogen werden“, sagte Nabiullina. „Es ist natürlich eine große Frage: Sollen wir sie legalisieren? Wir legalisieren Pyramiden eigentlich nicht. Man muss Investoren vor hohen Risiken warnen“.

Cyberwährungen seien hoch riskante spekulative Investitionen, warnte die Zentralbankchefin.

Ukrinform.ua: NBU kann kein genaues Datum des Besuchs der IWF-Mission in der Ukraine nennen

Die Nationalbank der Ukraine (NBU) halte es für möglich, die nächste IWF-Tranche bis Ende des laufenden Jahres zu erhalten, wenn die Ukraine alle ihren Verpflichtungen erfüllen werde, sagte auf einem Briefing der stellvertretende Leiter der NBU, Oleg Tschurij, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Bezüglich des Besuchs der IWF-Mission gibt es heute keine genauen Daten, wir erwarten den Besuch“, sagte Tschurij.

Er stellte fest, der Erhalt der IWF-Tranche sei möglich, wenn die Ukraine alle ihre Verpflichtungen erfüllt hat. Das sind die Rentenreform, die Privatisierung sowie Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung.

„Die Erfüllung der Bedingungen gibt alle Chancen, bis zum Ende dieses Jahres \$ 2 Milliarden US-Dollar zu bekommen“, fügte er hinzu.

Lug-info.com: Etwa 2000 Lugansker, deren Häuser in der Folge der Kämpfe des Jahres 2014 beschädigt wurden, haben ihren Wohnraum im Rahmen der republikanischen Programme „2000“ und „2000+“ wiederaufgebaut. Dies teilte die Stadtverwaltung von Lugansk mit....

## **Nachmittags:**

de.sputniknews.com: **USA wollen UN-Beobachter an russischer Grenze – Kritik aus Moskau**

Der Vorschlag der USA, die UN-Friedenskräfte an der Grenze zwischen Russland und der Ukraine zu stationieren widerspricht dem eigentlichen Sinn der Friedensmission und steht im Widerspruch zu Moskaus Position. Das sagte der Leiter des Auswärtigen Ausschusses der russischen Staatsduma (Parlamentsunterhaus), Leonid Sluzki, am Donnerstag.

Zuvor hatte die Sprecherin des US-Außenministeriums, Heather Nauert, erklärt, UN-Blauhelmsoldaten sollten auf dem ganzen Territorium der selbsterklärten Republiken Donezk und Lugansk bis hin zur russischen Grenze stationiert werden, nicht nur entlang der Trennlinie.

„Der Vorschlag aus den USA über die Stationierung von UN-Friedenstruppen an Russlands Grenze zur Ukraine läuft mit der Konzeption zuwider, die der russische Präsident Wladimir Putin vorgeschlagen hat“, sagte Sluzki. „Russland ist keine Partei des innerukrainischen Konfliktes, wir führen keinen Krieg mit der Ukraine, deswegen widerspricht die Stationierung von Friedenskräften an der Grenze zwischen den beiden Ländern dem eigentlichen Sinn der Friedensmission.“

Der Abgeordnete betonte, dass Moskau nicht gegen die Stationierung von Friedenstruppen im Donbass aufträte, jedoch ausschließlich an der Trennlinie und zur Gewährleistung der Sicherheit der OSZE-Mission.

Zuvor hatte Putin angekündigt, das russische Außenministerium werde dem UN-Sicherheitsrat eine Resolution über die Stationierung von UN-Friedenssoldaten in der Ost-Ukraine vorlegen. Die UN-Blauhelme sollen sich Putin zufolge nur an der Trennungslinie und

ausschließlich zum Schutz der OSZE-Mission befinden. Die Lösung dieser Frage werde aber erst nach dem Rückzug schwerer Technik und unter der Bedingung eines direkten Kontakts mit Vertretern der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk möglich sein. Dieser Vorschlag steht der Position der Ukraine entgegen, deren Staatschef Petro Poroschenko seit dem Abschluss der Minsker Abkommen im Februar 2015 UN-Friedenstruppen im gesamten durch Kiew nicht kontrollierten Gebiet und insbesondere an der russisch-ukrainischen Grenze fordert.

Der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel sagte damals bezüglich Putins Vorschlag: „Wenn das gelänge, hätten wir einen ersten großen Schritt auch zum Abbau der Sanktionen gegenüber Russland.“

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden hat der Gegner das Regime der Feuereinstellung achtmal verletzt.

Die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Kalinowo, Frunse, Losowoje, Prischib und Shelobok** wurden beschossen. Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Streitkräfte Mörser des Kalibers 82mm, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden mehr als 30 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Die Zahl der Beschüsse des Territoriums der LVR von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus hat sich nicht vermindert, was davon zeugt, dass es auf Seiten der ukrainischen Soldaten keine Verantwortlichkeit für die Verletzung des

„Schulwaffenstillstands“ haben. Die Kommandeure der ukrainischen Streitkräfte fordern von ihren Untergebenen nicht die Einhaltung des „Regimes der Ruhe“ im Zusammenhang damit, dass sie keine Autorität haben.

Im 2. Bataillon der 14. mechanisierten Brigade verwendete einer der Soldaten im Verlauf eines Trinkgelages einen Lastwagen vom Typ „Ural“, um in ein Geschäft in Saryj Ajdar zu fahren, um weiteren Alkohol zu kaufen. Bei der Abfahrt bemerkte er nicht, dass unter den Räder sein Saufkumpan schlief und überfuhr ihn.

Der Verletzte starb vor Ort und der Fahrer, der Bestrafung fürchtete, floh in unbekanntere Richtung. Zu diesem Fall findet eine Überprüfung und eine Fahndung nach dem Flüchtigen statt.

In den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte findet derzeit eine Überprüfung durch Vertreter des Verteidigungsministeriums statt.

Im Zusammenhang mit den sich häufenden Fällen von Diebstahl von Treibstoff,

Lebensmitteln und Material in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der „ATO“-Zone findet in der 58. Panzergrenadierbrigade eine Inspektion des rückwärtigen Dienstes des

Verteidigungsministeriums unter Leitung der Beraterin des stellvertretenden Verteidigungsministers Natalija Woronkowa statt.

de.sputniknews.com: Stoltenberg: Nato will Beziehungen zu Russland verbessern

Die Nato setzt sich für die Verbesserung der Beziehungen mit Russland ein, wird aber auch die Situation mit der Ukraine berücksichtigen. Das sagt der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg.

Er hat betont, Russland habe mit der Nato nachbarschaftliche Kontakte und das werde so bleiben. Das Bündnis wolle weder einen neuen kalten Krieg noch ein Wettüben, deswegen setze es sich für die Verbesserung der Beziehungen zu Russland ein.

„Es ist wichtig, dass ein solches Benehmen Konsequenzen hat, deswegen haben die EU, die USA und andere Länder wirtschaftliche Sanktionen eingeführt. Das ist der Grund sowohl für den Stopp der Zusammenarbeit zwischen Nato und Russland als auch für die Verstärkung des

östlichen Teils des Bündnisses“, erklärte Stoltenberg.

Dabei hat der Nato-Generalsekretär betont, die Nato wolle eine Konfrontation mit Russland vermeiden. „Wir wollen nicht, dass Russland isoliert wird und arbeiten an der Verbesserung der Beziehungen mit unseren östlichen Nachbarn. Zugleich wollen wir, dass das russische Verhalten in Bezug auf die Ukraine Folgen nach sich zieht“, sagte der Politiker...

### ukrinform.ua: „Marshallplan für die Ukraine“ wird bei Gipfel der Östlichen Partnerschaft präsentiert

Der fertige „Marshallplan für die Ukraine“ mit Schritten zu seiner Umsetzung muss beim Gipfel der Östlichen Partnerschaft im November vorgestellt werden.

Das erklärte am Donnerstag der Ex-Regierungschef Litauens und Koautor des Plans, Andrius Kubilius, in einem Briefing zur Initiative „Marshallplan für die Ukraine“, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. „Gerade heute debattiert der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments ein sehr wichtiges Dokument, die so genannte Empfehlung der Resolution zum Gipfel der Östlichen Partnerschaft. Der Gipfel findet Ende November statt. In der Resolution geht es schon darum, was wir erreichen wollten, um den Marshallplan“, sagte Kubilius. Die Autoren sollten einen konkreteren Entwurf zur Umsetzung des Plans ausarbeiten.

Den „Marshallplan für die Ukraine“ hat Litauen initiiert. Der Plan soll ein Wirtschaftswachstum von 5 bis 7 Prozent gewährleisten. Jährliche Investitionen in die ukrainische Wirtschaft sollte etwa 5 Milliarden US-Dollar betragen.

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko hat die Auszeichnung eines Helden der Republik an zwei Kompaniekommandeure eines Schützenbataillons verliehen, einem von ihnen postum.

„Für eine heldenhafte Tat im Namen der Freiheit und Unabhängigkeit der DVR weise ich an, die Auszeichnung eines Helden der DVR und den „Goldenen Stern“ Alexandr Anatoljewitsch zu verleihen, Kommandeur der zweiten Schützenkompanie des zweiten Schützenbataillons des Truppenteils 08826, Oberleutnant (postum)“.

Gemäß einem weiteren Erlass wird die Auszeichnung eines Helden der DVR und der „Goldene Stern“ dem Kommandeur der 3. Schützenkompanie desselben Bataillons, Leutnant Jewgenij Dikij zu erkannt.

de.sputniknews.com: Forderung abgelehnt: Russland will diplomatische Immobilien in USA nicht verkaufen

Die russischen Behörden wollen eine renommierte US-Anwaltskanzlei engagieren, um Klage gegen die US-Regierung zu erheben, auf deren Anordnung am 2. September das russische Generalkonsulat in San Francisco und zwei Handelsvertretungen geschlossen worden sind. Das hat der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow gesagt. Moskau will die Immobilien nicht verkaufen, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Donnerstag.

Der Konflikt um die diplomatischen Immobilien Russlands in den USA, der Zugang zu denen zuvor auf Beschluss der US-Behörden blockiert worden war, begann am Mittwoch. Wie der TV-Sender CBS berichtete, benachrichtigte die Verwaltung für Kontrolle der Luftqualität eines Stadtteils in San Francisco Mitarbeiter des geschlossenen Generalkonsulats darüber, dass gegen Umweltgesetze verstoßen worden sei.

Grund war der schwarze Rauch aus einem Schornstein des Konsulatsgebäudes am 1. September gewesen. Es waren sogar Feuerwehrleute gerufen worden, die allerdings nicht in das Gebäude gelassen wurden. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums hatte damals gesagt: „Es werden Maßnahmen zur Konservierung des Gebäudes durchgeführt“. Doch lokale Beamte hatten geäußert, dass die Diplomaten Müll und für die Verbrennung

verbotene Materialien verbrannt hätten. Die Untersuchung wird einige Wochen bis zu einigen Monaten in Anspruch nehmen, wonach die Höhe der Geldstrafe festgelegt werden soll.

Die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa bezeichnete das Vorgehen der Amerikaner am Mittwoch als „Fortsetzung der antirussischen Performance“.

„Es entwickelt sich eine weitere Aufführung unter dem Titel ‚Russen vergifteten San Francisco‘. Wozu? Unter anderem um die barbarischen Handlungen der US-

Sicherheitsdienste im russischen Generalkonsulat zu rechtfertigen“.

Hoffnungen, dass Russland und die USA jedoch Auswege aus der Krise finden können, werden mit den Treffen zwischen Rjabkow und seinem US-Kollegen Thomas Shannon verbunden. Zuletzt hatten die beiden am 11. und 12. September in Helsinki miteinander gesprochen. Rjabkow hatte zu verstehen gegeben, dass bei einigen Fragen Möglichkeiten für praktische Fortschritte entstünden, doch das betreffe nicht das Thema des diplomatischen Eigentums.

„Bislang sehe ich keine Aussichten für die Regelung des Problems bezüglich der Rückgabe der diplomatischen Objekte“, sagte er.

Die Amerikaner schlugen der russischen Seite zudem vor, das blockierte diplomatische Eigentum zu verkaufen. Nach Angaben von „Kommersant“ hatte US-Außenminister Rex Tillerson seinem russischen Kollegen Sergej Lawrow dazu geraten. Russland könne beim Verkauf des Gebäudes 50 Millionen US-Dollar einnehmen.

Moskau passte allerdings der Vorschlag Tillersons nicht. „Wir werden vor Gericht ziehen, wie Russlands Präsident bereits sagte“, betonte Rjabkow nach den Verhandlungen in Helsinki. Der russische Präsident Wladimir Putin bezeichnete die Handlungen der Amerikaner am 5.

September als „einen eindeutigen Verstoß gegen die Eigentumsrechte der russischen Seite“.

„Ich werde das Außenministerium beauftragen, vor Gericht zu ziehen. Mal sehen, wie effektiv die gelobte US-Justiz funktioniert“, so Putin. Rjabkow sagte am Mittwoch, dass man eine angesehene US-Anwaltskanzlei mit dem Fall beauftragen wolle.

Laut dem Rechtsanwalt Maxim Kuljkow kann es sich um eine Klage handeln, den einseitigen Beschluss, das Generalkonsulat und die Handelsvertretungen zu schließen, als illegal zu bezeichnen. „Russland ist gerade an der Rückgabe des konsularischen Status an die Gebäude interessiert“, so der Experte.

Rechtsanwalt Denis Duraschkin äußerte, dass es sich um eine Klage zur Erhebung einer Entschädigung handeln könne. Allerdings hob er hervor, dass die Chancen auf den Erfolg der Klage nicht groß seien. Das US-Außenministerium habe das Eigentum nicht weggenommen, sondern den konsularischen Status und die diplomatische Immunität aufgehoben. Die russische Seite müsse de facto die Enteignung des Eigentums beweisen, was problematisch sei, weil sie weiterhin über ihr Vermögen verfügen und es beispielsweise verkaufen könne. Anscheinend würden die Amerikaner zu inneren Gesetzen greifen, beispielsweise den Foreign Missions Act, was es den Behörden des Landes ermögliche, die Nutzung jedes Typs von Immobilien zu stoppen, so Kuljkow.

**Armiyadnr.su: Bericht des Leiters des Pressedienstes der Streitkräfte der DVR Hauptmann Daniil Bessonow**

**Der Gegner beschießt weiter das Territorium der Republik. In den letzten 24 Stunden wurden 53 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.**

**In Richtung Donezk hat der Gegner Artillerie, Panzer, Mörser, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen sowie verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von 13 Ortschaften wurden sechs Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm, zwei Panzergeschosse, 132 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 91 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.**

**In der Folge der Beschüsse wurde ein Haus in Jakowlewka vernichtet.**

**In Richtung Mariupol** hat der Gegner acht Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf **Kominternowo** abgeschossen, **Oktjabrj, Leninskoje, Sosnowskoje** wurden mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Der „Schulwaffenstillstand“ ist zu einer weiteren fiktiven Verpflichtung geworden, die die ukrainische Seite übernommen hat. Wir stellen eine **Zunahme der Zahl der Verletzungen** aus Richtung der Positionen der ukrainischen Streitkräfte und der nationalistischen Einheiten fest. Im Verlauf des gestrigen Tags ist die stärkste Zuspitzung der Lage im Gebiet von Donezk und den umliegenden Ortschaften zu bemerken, die bis zum Abend in einen massiven Mörserbeschuss überging.

Ein Hinweis auf weiter fortgesetzte Beschüsse des Territoriums der Republik ist, dass der Gegner Maßnahmen zur Wiederherstellung der Kampffähigkeit durchführt, in deren Rahmen eine Auffüllung der Munitionsvorräte der Einheiten der 92. mechanisierten Brigade, die in den Gebieten von Krasnogorowka, Marjinka, Pobeda und Stepnoje stationiert sind, stattfindet sowie eine Anlieferung von Treibstoff nach Karlowka und Kurachowo zur Versorgung der mechanisierten Einheiten der 57. Panzergrenadierbrigade und der 92. mechanisierten Brigade. Eine Aktivierung von Scharfschützenbeschüssen ist im Gebiet von Peski, Marjinka und Schirokino zu bemerken. Es wurde die Aktivität von sechs Scharfschützengruppen, die mit Gewehren nach NATO-Standard mit erweiterter Schussreichweite ausgestattet sind, bemerkt. Vor der Durchführung von Kampfaufgaben wird ihnen die Aufgabe gestellt, zielgerichtet das einfache Personal und die örtliche Bevölkerung der Republik zu beschießen, um uns zur Erwidern des Feuers zu provozieren.

Ein **Soldat der Streitkräfte der DVR** wurde in den letzten 24 Stunden Opfer der Scharfschützen, er wurde durch ein Geschoss des Kalibers 10.16 mm **getötet**.

Außerdem ist nach Angaben, die von der Bevölkerung von Sajzewo auf dem von der Ukraine kontrollierten Teil von dessen Territorium eingegangen sind, im Gebiet dieser Ortschaft die **Ankunft von 20 ausländischen Söldnern** bemerkt worden. Aus der Mitteilung folgt, dass das eingetroffene englischsprachige Personal mit Scharfschützengewehren und Ausrüstung zum Schießen unter Nachtbedingungen ausgerüstet ist.

Die ukrainischen Soldaten versuchen auf dem Hintergrund der Erklärungen der Führung des Landes über eine Erhöhung des Solds des Personals, das Kampfaufgaben erfüllt, ihre blutigen Boni zu erarbeiten. Wir stellen mit Bedauern fest, dass die ukrainische Führung alle ihre Anstrengungen darauf richtet, die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte zum Mord am Volk des Donbass zu motivieren, und geben diese Information an die internationalen Beobachter weiter.

de.sputniknews.com: Saudi-Arabien findet sich nun mit Assad ab

Saudi-Arabien schneidet bei Verhandlungen nicht mehr das Thema des Sturzes des syrischen Präsidenten Baschar Assad an, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Donnerstag.

Riad hat die Tatsache hingenommen, dass der syrische Präsident eine wichtige Rolle in der politischen Zukunft des Landes spielen wird, so hochrangige Diplomaten in Moskau.

„Sie verstehen, dass Baschar Assad Realität ist, mit der man zu tun haben wird. Natürlich bedeutet das nicht, dass sie damit einverstanden sind – sie hätten den syrischen Anführer bei der ersten passenden Angelegenheit gestürzt, doch das jetzige Kräfteverhältnis bewegt Saudi-Arabien zur Änderung der Rhetorik“, so die Quelle.

Beim jüngsten Arbeitsbesuch in Saudi-Arabien sprach der russische Außenminister Sergej Lawrow mit dem saudischen König Salman ibn Abd al-Aziz Al Saud und seinem Amtskollegen Adel Al-Jubeir. Auffallend war, dass bei der Pressekonferenz Assad nicht erwähnt wurde, obwohl das Syrien-Thema eines der wichtigsten bei den Gesprächen war. Der saudische Außenminister verwies auf die Notwendigkeit, die Vereinbarungen von Genf-1 und der Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrats zu erfüllen, die die Bildung einer Übergangsregierung und den Start des politischen Prozesses für die Bestimmung der Zukunft



Syriens vorsehen.

Mehrere arabische Medien berichteten unter Berufung auf eigene Quellen, dass Saudi-Arabien bei seinen Kontakten zu der syrischen Opposition darauf beharre, dass diese auf die Forderung nach dem Rücktritt Assads verzichte. Stattdessen sollte sie die Vollmachten des syrischen Präsidenten während der Übergangsperiode besprechen.

Wie der saudische Politologe Chaled Batarfi betonte, hat sich die Position Riads gegenüber Assad nicht besonders geändert. „Saudi-Arabien ist davon überzeugt, dass es in der Zukunft Syriens keinen Platz für Assad gibt“.

Doch das Genfer Abkommen sieht vor, dass er an der Übergangsperiode teilnimmt, die mehr als sechs Monate dauern und mit der Machtübergabe enden soll, so der Experte.

Zuvor hatte Saudi-Arabien im Prinzip die Teilnahme des syrischen Anführers an jeglichen politischen Prozessen nicht akzeptiert. Jubeir sagte, dass es für Assad in keiner Übergangsregierung einen Platz gebe. Zudem hatte er bereits Anfang 2016 zugesichert, dass der syrische Präsident zweifellos seinen Posten verlassen werde – entweder werde er zurücktreten oder gewaltsam gestürzt.

Laut dem Politologen Dmitri Schurawljow muss Riad tatsächlich seine Herangehensweise ändern. Jetzt sei Saudi-Arabien nicht nur über Assad, sondern auch vor allem über das Erstarken des Irans beunruhigt. Jetzt muss es vielleicht kleinere, jedoch aktuellere Probleme als die Syrien-Krise lösen, so der Experte. Es handle sich unter anderem um den Konflikt mit Katar.

**Dnr-online.ru: Im Zeitraum zwischen dem 1. Juni und dem 31. August wurde das staatliche Unternehmen „Donezker Eisenbahn“ insgesamt von mehr als 312.000 Passagieren genutzt. Darunter waren 188.000 Bürger mit Anspruch auf Ermäßigung. Im analogen Vorjahreszeitraum waren es 218.200 Passagiere, davon 132.500 mit Anspruch auf Ermäßigung.**

**Mehr als 273.000 dieser Passagiere nutzten Nahverkehrsverbindungen, was mehr als 45% mehr ist als im letzten Jahr. Die Fernverbindungen wurden von mehr als 38.000 Menschen genutzt, was die Vorjahreskennziffer um 32% überschreitet. Im Ganzen ist die Zahl der Passagiere im Sommerzeitraum um 43% gegenüber 2016 gestiegen.**

**Derzeit fahren in der DVR 41 Nahverkehrszüge in verschiedenen Gebieten und vier Fernverkehrszüge auf den Strecken Jasinowataja-Lugansk und Jasinowataja-Uspenkaja.**

**Ukrinform.ua: Hrojsman verspricht: 2018 keine Steuererhöhungen**

**Der Haushaltsentwurf 2018 sieht keine wesentlichen Steueränderungen vor, darunter Erhöhung der Steuern oder Änderung der Steuersätze.**

**Das sagte der Regierungschef der Ukraine, Wolodymyr Hrojsman, bei einem Treffen mit Vertretern der führenden Unternehmen des Landes, meldet das Regierungsportal. „Wir müssen eine vollständige Vorhersagbarkeit für Unternehmer gewährleisten – Steuersätze werden nicht geändert“, betonte er.**

**Nach Angaben der Pressestelle der Regierung fand das Treffen unter dem Vorsitz von Präsident Petro Poroschenko statt. Am Treffen beteiligten sich auch Leiter der Generalstaatsanwaltschaft und der Sicherheitsbehörden.**

**de.sputniknews.com: Viele Schulen in Moskau wegen Anschlagsdrohungen evakuiert**  
**Sechzehn Schulen in Moskau werden wegen Meldungen über Anschlagsgefahr evakuiert. Dies teilte eine Quelle in den Strafverfolgungsbehörden mit.**

**Der Quelle zufolge hat es am Donnerstag um 11.Uhr anonyme Anrufe bei der Polizei gegeben. Daraufhin mussten etwa 7.500 Schüler und mehr als 500 Lehrer die Schulgebäude verlassen. Die Informationen über gelegte Bomben seien hauptsächlich mit Kinderstimmen**

durchgegeben worden. Die anonymen Anschlagdrohungen per Telefon sollen mit mehreren Publikationen zu diesem Thema in Verbindung stehen.

Eine weitere Quelle in den Strafverfolgungsbehörden hat mitgeteilt, es habe viel mehr (fast 40) Meldungen über Bomben in Schulen gegeben. Aber gemäß der geltenden Anweisung treffe die Schulleitung die Entscheidung über eine Evakuierung selbst. Die meisten Schulleiter hätten auf die Meldungen kaum reagiert.

Am Mittwoch haben mehrere anonyme Anrufer gedroht, dass auf zahlreichen öffentlichen Plätzen und in Institutionen in Moskau Bomben gelegt worden seien. Ähnliche Vorfälle hat es in den letzten Tagen in 22 russischen Städten gegeben.

Landesweit gerieten insgesamt mehr als 200 Einrichtungen, Einkaufszentren, Schulen, Universitäten, Bahnhöfe und Kinos ins Visier unbekannter Telefonterroristen.

Insgesamt wurden in den 22 Städten mehr als 45.000 Menschen in diesem Zusammenhang evakuiert. Keine der Anschlagdrohungen hat sich als wahr herausgestellt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31743/42/317434278.jpg>

ukrinform.ua: EU verlängert Russland-Sanktionen bis 15. März 2018

Die Europäische Union hat ihre Strafmaßnahmen gegen Einzelpersonen aus Russland, der Krim, gegen Mitglieder der terroristischen Organisationen in der Ostukraine um weitere sechs Monate verlängert. Auf der Sanktionsliste sind auch Vertraute des russischen Präsidenten Wladimir Putin

Das hat der Rat der Europäischen Union am Donnerstag endgültig beschlossen, berichtet ein Korrespondent vom Ukrinform aus Brüssel. Die Sanktionen wurden um bis zum 15. März verlängert. Etwa 146 Einzelpersonen und 38 Organisationen wurden mit der Einreise- und Vermögenssperren belegt.

de.sputniknews.com: **EU-Rat verlängert Russland-Sanktionen um sechs Monate**

Der Rat der Europäischen Union hat am Donnerstag offiziell die Verlängerung der individuellen Sanktionen gegen Bürger sowie Unternehmen Russlands und der Ukraine um sechs Monate bestätigt.

Der EU-Rat hat die Sanktionen bis zum 15. März 2018 verlängert, heißt es in einer Mitteilung des Rates. Das hänge mit den Handlungen zusammen, die die „territoriale Integrität, die Souveränität und die Unabhängigkeit der Ukraine verletzen und bedrohen“.

Die jetzige Situation lasse es nicht zu, das Sanktionsregime zu ändern.

Die Sanktionen verbieten konkreten russischen und ukrainischen Bürgern die Einreise in die Europäische Union. Diese Liste sei überprüft worden. Was die Unternehmen betreffe, die unter Sanktionen stünden, blieben ihre Aktiva auf dem EU-Gebiet weiter eingefroren. Auf dieser Liste gab es auch kaum Änderungen. Drei Firmen wurden wegen deren Vereinigung gestrichen. Das neue Unternehmen, das sich aus diesen drei Firmen bildete, stellte der EU-Rat nun auf die Sanktionsliste. Zurzeit beinhaltet diese insgesamt 149 Personen und 38 Unternehmen.

de.sputniknews.com: Serbien unterstützt keine Sanktionen gegen Russland

Serbien wird laut dem Leiter der serbischen Kanzlei für Kosovo und Metochien, Marko Djuric, niemals Sanktionen gegen Russland unterstützen und sich auch nicht der Nato-Allianz anschließen.

„Die staatlichen Institutionen Serbiens haben die klare Aufgabe, die Beziehungen zu Russland zu bewahren und zu verbessern“, sagte Djuric am Donnerstag.

Wie er sagte, soll er die Worte des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić vermitteln, der der Auffassung ist, dass die wirtschaftlichen, politischen und anderen Beziehungen zwischen Serbien und Russland im Rahmen der Zusammenarbeit und Freundschaft weitergehen werden.

„Wir werden niemals die (europäischen) Sanktionen gegen Russland unterstützen“, betonte Djuric in einer Besprechung nach seinem Treffen mit dem Vizesprecher der Staatsduma, Pjotr Tolstoi.

Er fügte ferner hinzu, dass Serbien militärisch neutral bleibe und sich der Nato-Allianz nicht anschließen werde.

Timer-odessa.net: Die Polizei in Odessa befasst sich mit einem Georgsband in einem belorussischen Auto

Der radikale Straßenaktivist Demjan Ganul hat in Odessa ein Auto mit einem Georgsband und weißrussischem Kennzeichen aufgespürt. Das berichtet auf seiner Facebook-Seite der Berater des Chefs der ukrainischen Nationalpolizei im Oblast Odessa Ruslan Forostjak und weist darauf hin, dass Ganul das unselige Fahrzeug direkt vor dem Polizeipräsidium bemerkte.

„Die Rechtsschützer, die sich nicht weit davon befanden, haben ein Protokoll erstellt... Die Gäste der Stadt aus Belorussland sagen, dass sie nichts wussten von dem Verbot totalitärer Symbole und provokativen Bändern“, berichtete Forostjak.

## **Abends:**

dnr-news.com: Poroschenko verkündet die Unabhängigkeit von Russland bei der Energieversorgung

Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko erklärte nach dem Eintreffen der ersten Kohlelieferung aus den USA, dass das Land seine Energie-Unabhängigkeit von Russland demonstriert hat. Dies wird auf der Webseite des ukrainischen Präsidenten berichtet.

„Das Gas hat aufgehört, ein politisches Druckmittel zu sein und wurde eine einfache Handelsware“, sagte Poroschenko und fügte hinzu, dass im Moment ein ähnlicher Prozess bei der Kohle abläuft.

<iframe width="854" height="510" src="https://www.youtube.com/embed/iLm3L7GU\_Zc" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

[https://youtu.be/iLm3L7GU\\_Zc](https://youtu.be/iLm3L7GU_Zc)

de.sputniknews.com: **Gabriel wirbt für Lockerung der Russland-Sanktionen bei Blauhelmeinsatz im Donbass**

„Neuanfang“, „Lockerung“, „Entspannungspolitik“: In einem Spiegel-Online-Interview spricht Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) über ein gewünschtes Szenario für das deutsch-russische Verhältnis in naher Zukunft und eine schrittweise Lockerung der Sanktionen.

„Es ist dringend nötig, dass wir einen Neuanfang gegenüber Moskau suchen. Darin hat mich auch Henry Kissinger kürzlich in einem Gespräch bestärkt: Andernfalls treten wir in eine sehr gefährliche Welt ein“, antwortete Gabriel auf die Frage, ob die SPD den Kurs gegenüber Russland geändert habe.

Die Beziehungen zu Russland seien besonders vor dem Hintergrund der Nordkorea-Krise wichtig, da im Falle einer atomaren Aufrüstung auch andere Staaten damit beginnen würden: „Eine Welt mit vielen kleineren atomar bewaffneten Staaten wird weit gefährlicher als früher die Ost-West-Konfrontation. Nur durch die Zusammenarbeit der USA mit Russland und übrigens auch mit China ist das zu verhindern. Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik.“ Er habe schon „vor Jahr und Tag“ den Vorschlag einer schrittweisen Lockerung der Sanktionen im Falle einer schrittweisen Umsetzung von Minsk unterbreitet.

„Es ist einfach unrealistisch zu sagen: Erst wenn Minsk zu 100 Prozent umgesetzt wird, folgen diese Schritte. Ein wirklich nachhaltiger, dauerhafter Waffenstillstand wäre ein wichtiger Schritt. Dafür hat Russlands Präsident Wladimir Putin jetzt einen Vorschlag präsentiert, mit dem er seine bisherige Position — wenn es ihm ernst ist — deutlich korrigiert.“

Laut Gabriel sollte man das jetzt als Diskussionsgrundlage nehmen — zumal der von Putin ins Gespräch gebrachte Blauhelmeinsatz in der Ost-Ukraine seit Jahren eine Forderung der SPD und von ihm persönlich sei.

Gleichzeitig stelle auch Putin seine Bedingungen.

„Aber auch da hat er sich inzwischen auf uns zu bewegt. Deshalb sind wir gut beraten, diese Initiative aufzunehmen. Jetzt sollten wir zügig die Verhandlungen in New York aufnehmen. Wenn das gelingt, und wir das schnell umgesetzt kriegen, sollten wir uns natürlich auch bewegen — indem wir erste Sanktionen lockern“, betonte der Politiker.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30457/67/304576786.jpg>